Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT
mit Antwort der Landesregierung

Anfrage des Abgeordneten MUDr. PhDr. / Univ.Prag Jozef Rakicky (fraktionslos)

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur namens der Landesregierung

Ergebnisse des Niedersächsischen Demokratie-Monitors 2025/2026

Anfrage des Abgeordneten MUDr. PhDr. / Univ.Prag Jozef Rakicky (fraktionslos), eingegangen am 12.09.2026 - Drs. 19/11712,
an die Staatskanzlei übersandt am 29.09.2026

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur namens der Landesregierung vom 29.10.2026

Vorbemerkung des Abgeordneten

Am 26. August 2026 wurde der Niedersächsische Demokratie-Monitor 2025 vorgestellt. Die Studie wird alle zwei Jahre von der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen (FoDEx) am Institut für Demokratieforschung der Universität Göttingen erstellt und vom niedersächsischen Wissenschaftsministerium finanziert. Befragt wurden zwischen August und Oktober 2025 telefonisch 1 498 Menschen ab 16 Jahren.[1]

Die zentralen Befunde zeichnen ein gemischtes, insgesamt aber alarmierendes Bild: 93 % der Befragten unterstützen zwar prinzipiell die Demokratie als Staatsform. Gleichzeitig ist die Unzufriedenheit mit dem Zustand der Demokratie in Deutschland auf einen neuen Höchststand gestiegen: 30 % sind „sehr“ oder „eher unzufrieden“ (2019: 14 %), während nur noch 27 % „sehr“ oder „eher zufrieden“ sind (2023: 35 %). 43 % der Befragten antworten auf die Frage mit „teils/teils“. Erstmals überwiegt damit der Anteil der Unzufriedenen den der Zufriedenen.[2]

Laut Medienberichten ist die Offenheit für autoritäre Alternativen besonders auffällig: 52 % meinen, Deutschland brauche eine einzige starke Partei. 30 % befürworten die Regierung durch eine starke Führungspersönlichkeit ohne parlamentarische Kontrolle. 10 % sprechen sich offen für eine Diktatur aus. Mehr als die Hälfte der Befragten (53 % „fragile Demokrat*innen“ plus 7 % „Antidemokrat*innen“) ist demnach bereit, zumindest Einschränkungen demokratischer Prinzipien zu tolerieren.[3]

Zugleich zeige sich eine Rechtsverschiebung bei der politischen Selbstverortung: Der Anteil derjenigen, die sich als „sehr rechts“ einordnen, sei von 1 % (2023) auf 5 % (2025) gestiegen. Weitere 19 % sehen sich als „eher rechts“. Die politische Mitte schrumpfe von 49 % auf 45 %, während der linke Rand weitgehend stabil bliebe. Die Autoren sprechen ausdrücklich nicht von einem „Rechtsruck“, sondern von einer asymmetrischen „Rechtsverschiebung“.[4]

Das Vertrauen in Politikerinnen und Politiker sowie in Parteien bleibt laut dem Demokratie-Monitor auf niedrigem Niveau. Der Erstautor der Studie, Philipp Harfst, bilanzierte: „Insgesamt gibt es keinen

---

1 https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/demokratie-monitor-2025-30-prozent-wuenschen-sich-starken-anfuehrer,demokratie-148.html; https://www.zeit.de/news/2026-08/26/mehr-niedersachsen-sehen-sich-als-rechts; https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/demokratie-150.pdf

2 https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/demokratie-monitor-2025-30-prozent-wuenschen-sich-starken-anfuehrer,demokratie-148.html; https://www.rtl.de/rtl-nord/niedersachsen-bremen/demokratie-in-niedersachsen-in-gefahr-studie-aus-goettingen-mit-neuen-zahlen-id31234174.html

3 https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/demokratie-monitor-2025-30-prozent-wuenschen-sich-starken-anfuehrer,demokratie-148.html; https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/demokratie-150.pdf

4 https://www.zeit.de/news/2026-08/26/mehr-niedersachsen-sehen-sich-als-rechts

Hinweis auf eine unmittelbar bevorstehende Systemkrise, wohl aber auf einen schleichenden Verlust demokratischer Integrationskraft“.[5]

Vorbemerkung der Landesregierung

Die Landesregierung misst der wissenschaftlich-empirischen Analyse und Beobachtung demokratischer Einstellungen und politischer Kultur sowie gesellschaftlicher Entwicklungstendenzen in Niedersachsen große Bedeutung bei. Der Niedersächsische Demokratie-Monitor leistet als regelmäßig durchgeführte sozialwissenschaftliche Langzeitstudie hierzu einen wichtigen Beitrag. Die Studie wird von der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen (FoDEx) am Institut für Demokratieforschung der Georg-August-Universität Göttingen durchgeführt und durch das Ministerium für Wissenschaft und Kultur unterstützt.

Die Ergebnisse des Demokratie-Monitors 2025 zeigen ein differenziertes Bild. Einerseits besteht weiterhin eine hohe Zustimmung der Bevölkerung zur Demokratie als Staatsform. Andererseits werden Herausforderungen insbesondere hinsichtlich des Vertrauens in politische Institutionen, der Zufriedenheit mit dem Funktionieren demokratischer Prozesse sowie gesellschaftlicher Polarisierungs- und Verunsicherungstendenzen sichtbar.

Die Landesregierung misst diesen Erkenntnissen große Bedeutung bei. Sie betrachtet die Stärkung demokratischer Resilienz, die Förderung politischer Bildung, die Unterstützung zivilgesellschaftlichen Engagements sowie die Prävention demokratiegefährdender Bestrebungen als Daueraufgaben von Staat und Gesellschaft. Die Ergebnisse des Demokratie-Monitors fließen daher fortlaufend in die Arbeit der Landesregierung ein.

1. Hält die Landesregierung die Methodik und Interpretation des Demokratie-Monitors für seriös? Wenn ja, warum? Wenn nein, warum nicht?

Die Landesregierung hält die Methodik sowie die wissenschaftliche Auswertung des Niedersächsischen Demokratie-Monitors für nachvollziehbar und grundsätzlich geeignet, Entwicklungen demokratischer Einstellungen in Niedersachsen empirisch zu untersuchen.

Die Studie basiert auf anerkannten sozialwissenschaftlichen Methoden und wird von einer wissenschaftlichen Einrichtung durchgeführt. Die Landesregierung sieht in den Ergebnissen daher einen wichtigen Beitrag zur Analyse gesellschaftlicher Entwicklungen und zur evidenzbasierten Weiterentwicklung demokratiestärkender Maßnahmen.

2. Wie erklärt die Landesregierung die im Demokratie-Monitor 2025 festgestellte asymmetrische „Rechtsverschiebung“ der politischen Selbstverortung (s. o.: Anstieg von „sehr rechts“ von 1 % auf 5 %, Schrumpfen der Mitte von 49 % auf 45 %)?

Die Landesregierung nimmt die Bewertung der Autorinnen und Autoren der Studie zur Kenntnis. Die in der Studie beschriebenen Entwicklungen lassen sich nach Auffassung der Landesregierung nicht auf einzelne Ursachen reduzieren. Gesellschaftliche Einstellungen werden durch eine Vielzahl von Faktoren beeinflusst. Hierzu zählen u. a. internationale Krisenlagen, wirtschaftliche Unsicherheiten, tiefgreifende gesellschaftliche Transformationsprozesse sowie Veränderungen der öffentlichen Kommunikation und Mediennutzung.

Die Landesregierung sieht daher die Notwendigkeit, demokratische Teilhabe, politische Bildung und gesellschaftlichen Zusammenhalt kontinuierlich zu stärken und in einem ganzheitlichen Ansatz zu denken.

[5] https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/demokratie-monitor-2025-30-prozent-wuenschen-sich-starken-anfuehrer,demokratie-148.html

3. Wie erklärt die Landesregierung, dass erstmals seit Beginn der Erhebungen 2019 mehr Menschen in Niedersachsen mit dem Zustand der Demokratie unzufrieden (30 %) als zufrieden (27 %) sind?

Die Studie verweist auf eine im Vergleich zu früheren Erhebungen gestiegene Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie. Die Landesregierung nimmt diesen Befund ernst.

Gleichzeitig zeigt die Untersuchung, dass die Zustimmung zur Demokratie als Staatsform weiterhin auf einem hohen Niveau liegt. Die Landesregierung sieht hierin einen Hinweis darauf, dass die demokratischen Grundwerte weiterhin breit getragen werden, während zugleich Erwartungen an die Problemlösungsfähigkeit politischer Institutionen gestiegen sind.

4. Welche Verantwortung misst die Landesregierung ihrem eigenen politischen Handeln und den Ergebnissen der rot-grünen Regierungskoalition für den schleichenden Verlust demokratischer Integrationskraft bei, den die Autoren der Studie diagnostizieren?

Die Landesregierung ist sich bewusst, dass staatliches Handeln Einfluss auf die Wahrnehmung politischer Institutionen haben kann.

Das Vertrauen in Demokratie und demokratische Institutionen wird jedoch von einer Vielzahl gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und internationaler Entwicklungen beeinflusst. Vor diesem Hintergrund hält die Landesregierung eine monokausale Zuschreibung einzelner Entwicklungstendenzen zu bestimmten politischen Entscheidungen nicht für sachgerecht.

Die Landesregierung sieht die Stärkung des Vertrauens in staatliche Institutionen als fortwährende Aufgabe.

5. Hat die Landesregierung nach eigener Einschätzung in den vergangenen Jahren Fehler gemacht, die das Vertrauen in Politik und Demokratie in Niedersachsen beschädigt haben - und wenn ja, welche?

Die Landesregierung überprüft ihre Maßnahmen und politischen Entscheidungen fortlaufend im Hinblick auf ihre Wirksamkeit und Akzeptanz.

Sie verfolgt das Ziel, Politik transparent, nachvollziehbar und dialogorientiert zu gestalten. Hierzu gehört auch die kontinuierliche Weiterentwicklung von Beteiligungs-, Informations- und Kommunikationsangeboten.

Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 4 verwiesen.

6. Wie bewertet die Landesregierung den Befund, dass 52% der Befragten eine einzige starke Partei und 30 Prozent eine starke Führungspersönlichkeit ohne parlamentarische Kontrolle befürworten, und welche konkreten Maßnahmen leitet sie daraus ab?

Die in der Studie festgestellten Zustimmungswerte zu einzelnen autoritären Einstellungsmustern nimmt die Landesregierung zur Kenntnis.

Die Ergebnisse unterstreichen die Bedeutung einer nachhaltigen und fortlaufenden politischen Bildungsarbeit, einer starken demokratischen Zivilgesellschaft sowie wirksamer Maßnahmen der Extremismusprävention.

Die Landesregierung wird ihre Aktivitäten in diesen Bereichen fortführen und weiterentwickeln.

7. Wie bewertet die Landesregierung den Umstand, dass 10 % der Befragten offen für eine Diktatur sind und dass 53 % als „fragile Demokrat*innen“ eingestuft werden, die demokratischen Prinzipien prinzipiell unterstützen, aber Einschränkungen tolerieren würden?

Die Landesregierung nimmt diese Befunde zur Kenntnis.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Studie zugleich eine weiterhin hohe Unterstützung demokratischer Grundprinzipien feststellt. Gleichwohl verdeutlichen die Ergebnisse die Notwendigkeit, die Vermittlung demokratischer Werte und Verfahren sowie die Förderung demokratischer Kompetenzen weiter zu stärken.

Dies gilt insbesondere für die politische Bildungsarbeit, die Demokratieförderung und die Unterstützung zivilgesellschaftlichen Engagements.

8. Inwieweit sieht die Landesregierung einen Zusammenhang zwischen ihrer Politik in den Bereichen Migration, innere Sicherheit, Wirtschaft und Klimaschutz und der steigenden Unzufriedenheit mit dem Zustand der Demokratie sowie der Rechtsverschiebung?

Die Landesregierung sieht keinen unmittelbaren Rückschluss von einzelnen politischen Maßnahmen oder Politikfeldern auf die im Demokratie-Monitor erhobenen Einstellungen.

Die Ursachen gesellschaftlicher Einstellungen sind regelmäßig komplex und vielschichtig. Die Landesregierung verfolgt daher einen ressortübergreifenden Ansatz zur Stärkung gesellschaftlichen Zusammenhalts und demokratischer Teilhabe.

Hierzu leisten u. a. Maßnahmen der politischen Bildung, Integrationspolitik, Extremismusprävention, Kulturförderung sowie der Inneren Sicherheit einen wichtigen Beitrag.

9. Welche konkreten, messbaren Maßnahmen hat die Landesregierung seit der letzten Erhebung des Demokratie-Monitors 2023 ergriffen, um dem bereits damals diagnostizierten Vertrauensverlust entgegenzuwirken - und warum haben diese Maßnahmen den weiteren Anstieg der Unzufriedenheit offenbar nicht verhindern können?

Die Landesregierung hat seit Beginn der laufenden Legislaturperiode zahlreiche Maßnahmen zur Förderung demokratischer Kultur und gesellschaftlicher Teilhabe fortgeführt beziehungsweise ausgebaut.

Hierzu zählen insbesondere u. a.:

– die Förderung der Demokratieforschung in Niedersachsen,

– die Weiterentwicklung der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung,

– Maßnahmen zur Prävention von Extremismus und Antisemitismus,

– Projekte zur Förderung demokratischen Engagements,

– Programme zur Stärkung von Medien- und Informationskompetenz,

– Unterstützungsangebote für zivilgesellschaftliche Initiativen.

Die Landesregierung weist darauf hin, dass Einstellungen und Vertrauen in demokratische Institutionen langfristigen gesellschaftlichen Entwicklungen unterliegen.

10. Wie bewertet die Landesregierung den Befund, dass das Vertrauen in Politikerinnen und Politiker sowie in Parteien weiterhin auf sehr niedrigem Niveau verharrt, während regulative Institutionen wie Polizei und Gerichte deutlich höheres Vertrauen genießen?

Die Landesregierung bewertet das im Demokratie-Monitor ausgewiesene hohe Vertrauen in Polizei und Justiz als Ausdruck der Leistungsfähigkeit und Akzeptanz rechtsstaatlicher Institutionen.

Polizei und Justiz nehmen zentrale Aufgaben für den Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung wahr. Ein hohes Vertrauen in diese Institutionen stellt nach Auffassung der Landesregierung einen wichtigen Stabilitätsfaktor für die Demokratie dar.

11. Sieht die Landesregierung in den Entwicklungen der Ergebnisse des Demokratie-Monitors ein Argument für oder gegen ihr bisheriges Vorgehen in Hinsicht auf die abgefragten Bereiche?

Die Ergebnisse des Demokratie-Monitors bestätigen nach Auffassung der Landesregierung die Bedeutung einer kontinuierlichen Demokratie-, Präventions- und Bildungsarbeit.

Zugleich verdeutlichen sie die Notwendigkeit, demokratische Beteiligungsmöglichkeiten weiterzuentwickeln, Vertrauen in demokratische Entscheidungsprozesse zu stärken und extremistischen sowie demokratiefeindlichen Entwicklungen konsequent entgegenzutreten.

12. Plant die Landesregierung, die Ergebnisse des Demokratie-Monitors 2025 zum Anlass für eine selbstkritische Überprüfung ihrer bisherigen Strategien zur Stärkung der demokratischen Kultur zu nehmen - und wenn ja, in welcher Form und mit welchen konkreten Zielsetzungen?

Wissenschaftlichen Erkenntnisse wie beispielsweise die des Demokratie-Monitors 2025 fließen in die fachliche Befassung der zuständigen Ressorts mit gesellschaftlichen und demokratiepolitischen Fragestellungen ein. Eine darüber hinausgehende pauschale Aussage über die Berücksichtigung einzelner Studienergebnisse in konkreten Vorhaben oder Maßnahmen der Landesregierung ist nicht möglich, da dies jeweils von den Umständen des Einzelfalls und dem jeweiligen Regelungs- beziehungsweise Handlungsbedarf abhängt.

Im Übrigen wird auf die Vorbemerkung verwiesen.

(verteilt am 02.11.2026)